

Inhalt

Wie Beschäftigte um ihre Zukunft kämpfen	2
Wer zahlt für die Energiekrise?	4
Kürzen bei den Aller kleinsten	6
Die Wahrheit über die Rente	8
Ein Dorf gibt nicht auf	10
Sozialkürzungen? Nicht mit uns	12

Aufgeben ist keine Option

Konzerne geben ihre Standorte auf. Die Regierung gibt ganze Regionen auf. Was bleibt, sind die Menschen, die trotzdem alles zusammenhalten. Sie gehen arbeiten, kümmern sich, sollen jeden Tag mehr leisten – aber bekommen immer weniger zurück. Arbeitsplätze werden vernichtet, das Leben wird immer teurer. Und zugleich wird bei allem gekürzt, was uns Sicherheit gibt, von der Kita bis zur Rente. Wir haben Menschen getroffen, die sich damit nicht abfinden und dafür kämpfen, dass es besser wird.

Ohne uns steht

Wenn Konzernchefs Standorte wegrationalisieren, bleiben Menschen zurück, die die Folgen ausbaden müssen: die Beschäftigten. An jedem Werk hängt eine ganze Stadt, an jeder Stelle eine Biografie. Es geht um mehr als bloß um den Arbeitsplatz. Es geht um Zusammenhalt, um die Gemeinschaft der Kollegen, um die Zukunft einer ganzen Region. **Was heißt es, wenn plötzlich alles auf dem Spiel steht?** Ein Ortsbesuch in Nauen.



O BEN LINKS Als Betriebsrat steht Jörg Kollegen bei, obwohl er selbst betroffen ist.

O BEN MITTE Ohne Betriebsrat läuft hier nichts: Jeannette berichtet davon, wie sich vieles nur durch Druck aus der Belegschaft bewegt hat.



Seit den 90er Jahren werden in Nauen im Havelland Waschmaschinen produziert. Das Werk der BSH, einer Tochterfirma des Bosch-Konzerns, schreibt schwarze Zahlen. Die Geräte werden immer wieder mit Qualitätssiegeln prämiert. Trotzdem wird der Standort nächstes Jahr dichtgemacht. Die Nachricht traf die 450 Beschäftigten wie ein Schlag. Unter ihnen auch Jeannette, Doreen und Jörg – alle drei im Betriebsrat. »Erst Testsieger, dann Rausflieger«, sagt Jeannette mit Galgenhumor.

Wir sitzen bei einer Tasse Kaffee im Betriebsratsbüro. Die Tür, an der ein Zeitungsartikel hängt, der vom Kampf um das Werk erzählt, steht praktisch nie still – so viele Kollegen kommen mit ihren Problemen vorbei. Für viele bricht eine Welt zusammen. Sie arbeiten seit Jahrzehnten in diesem Betrieb. Sie kennen nichts anderes. Und hier gibt es auch nichts anderes. Die BSH ist der größte Arbeitgeber in der Region – noch.

Die ersten zehn Jahre seien eine tolle Zeit gewesen, schwärmt Doreen. Der Betrieb war wie eine zweite Familie. Sie erzählt von gemeinsamen Feiern, von Abenden auf der Kegelbahn. Dann kam die erste Zäsur: 2005 wurde die Produktion von Trocknern nach Polen verlagert. 500 Beschäftigte verloren ihren Job. Nun soll ab nächstem Jahr die gesamte Produktion ins Ausland gehen. Weil es dort billiger ist. In der Kantine läuft auf einem riesigen Bildschirm in Dauerschleife ein Werbefilm über die Produktionsstätten der BSH in China. »Das ist pietätlos«, findet Jeannette. Manche Kollegen würden am liebsten den Stecker ziehen, um die Werbung nicht mehr sehen zu müssen.

Dabei ist die Abwicklung des Werks teuer. Erst nach vielen Jahren werden die Kosten wieder eingespielt sein, erklärt Jörg. Der Konzern nimmt richtig Geld in die Hand, um hier Arbeitsplätze kaputt zu machen – nur um anderswo mehr Profit rauszuholen.

In der Produktionshalle herrscht unter den Kollegen eine geradezu familiäre Herzlichkeit. Auf einem Gabelstapler klebt ein Schild

mit dem Namen »Detlef« – im Andenken an einen Kollegen, der inzwischen in Rente ist. An einer Wand prangt ein riesiges Banner mit Unterschriften der Beschäftigten aus Schwesterwerken, auch aus Spanien, wohin ein Teil der Produktion verlagert wird.

Während wir an den Produktionslinien vorbeilaufen, erzählen Jeannette, Doreen und Jörg von der Vergangenheit – vom starken Zusammenhalt untereinander, aber auch von den harten Arbeitsbedingungen, von den Zumutungen der Unternehmensleitung. In den Anfangsjahren war der Standort Nauen ein regelrechter Frauenbetrieb: 70 Prozent der Beschäftigten waren weiblich. Heute sind es nur noch 30 Prozent. Denn die Arbeit wurde körperlich immer belastender. Ohne Gelenkprobleme geht hier kaum einer raus.

Über 50 Stunden pro Woche haben sie hier geschuftet, ohne Wochenendzuschlag. Das Lohnniveau liegt weit unter Tarif. Bei Qualitätsmängeln gab es auch mal Abzüge vom Grundgehalt. »Wir haben hier viel durchgemacht«, sagt Doreen.

Und dann kam der 10. Oktober 2025. Unternehmensvertreter aus der zweiten Reihe kamen angereist und verkündeten emotionslos, dass die Fabrik aufgrund einer »Strategie

alles still



»Die Regierung ist nur mit sich selbst beschäftigt. Und wenn man nur mit sich selbst beschäftigt ist, dann macht man nix für die Leute.«

2030« geschlossen wird. Wie ein Déjà-vu sei das gewesen, erzählt Jörg. Genau wie nach der Wende: Wieder kommt ein Anzugträger, macht das Werk dicht und überlässt die Menschen der Perspektivlosigkeit. Die Produktion sitzt im Osten, das Management im Westen – und wenn gekürzt wird, sind es die Leute am Band, die Leute ohne Tarifvertrag, die als erstes dran glauben müssen. Es sind alte Wunden, die hier wieder aufgerissen werden.

Um das Werk zu retten, haben die Beschäftigten hier alles gegeben: Sie haben einen Protestmarsch organisiert, eine Plakataktion vor der Unternehmenszentrale gemacht, ihre Geschichte in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen erzählt. Sie haben gestreikt. Sie haben wirklich gekämpft. Auch an die Politik haben sie sich gewandt – an die SPD, die in Brandenburg regiert, auch an die Grünen. Erfolglos. Die Politiker ließen sich vom Konzern einfach abservieren. Vom CDU-Landrat kam lediglich die Rückmeldung, er bedaure die Schließung – nicht wegen der Menschen, sondern wegen der Gewerbesteuer, die bei den Einnahmen fehlen werde.

Bei der Linken war es anders. Ein Kollege ging auf einen lokalen Politiker der Partei

zu, der Kontakt verstetigte sich, bis man ihre Geschichte auf die große politische Bühne holte: den Bundestag. Die Regierung selbst sollte davon hören. Für Jeannette, Doreen und Jörg war der Besuch im Parlament ernüchternd. Als realitätsfremd und desinteressiert haben sie die Regierungsvertreter erlebt. »Absolut lächerlich« sei das gewesen.

Es ist eine bittere Bilanz. Nach einem Blick ins Parlament ist bei ihnen und ihren Kollegen der Eindruck völliger Ignoranz zurückgeblieben. »Die Regierung ist nur mit sich selbst beschäftigt. Und wenn man nur mit sich selbst beschäftigt ist, dann macht man nix für die Leute«, sagt Jeannette.

Der Sozialplan, den sie selbst erstritten haben, kann sich sehen lassen – weit besser, als sie anfangs für möglich hielten. »Wir hatten Macht, weil wir die Belegschaft und die Gewerkschaft hinter uns hatten«, sagt Jeannette. Aber eine Zustimmung zur Werkschließung ist der Sozialplan nicht. Denn es geht nicht nur um Stellen. An jedem Arbeitsplatz hängt ein Mensch, eine Familie. Es geht um die Frage, ob Menschen dort, wo sie zu Hause sind, noch eine Zukunft haben.

Auch die Stadt, die ganze Region wird betroffen sein. Viele indirekte Arbeitsplätze werden verloren gehen. Das könnte in Nauen eine Veränderung vorantreiben, die ohnehin schon spürbar ist. Wir gehen zusammen noch ins Stammlokal um die Ecke. Als wir bei einem kühlen Getränk auf der Terrasse



LINKS Aus dem gemeinsamen Kampf gegen die Werkschließung ist ein starkes Gemeinschaftsgefühl entstanden.



OBEEN LINKS Doreen erzählt von Freundschaften, die zwischen Schichten und Streiks entstanden sind und die Werkschließung überdauern werden.

OBEEN MITTE Die Belegschaft in Nauen hat sich nicht kampfflos geschlagen gegeben und die Verhandlungen mit Trommeln und Megafon begleitet.

OBEEN RECHTS Halten den Laden zusammen: Als Betriebsrätinnen begleiten Jeannette und Doreen die Belegschaft durch eine Zeit voller Unsicherheit.

sitzen, zeigt Jeannette auf ein leerstehendes Gebäude: »Das hier war mal ein Kino.« Eine Disco gab es auch, eine Kegelbahn, viele nette, kleine Läden. Heute sind nur noch Ketten und Discounter übrig geblieben. »Man hat nichts Schönes mehr«, sagt sie.

Ihren Stolz haben Jeannette, Doreen und Jörg nicht verloren. Im Gegenteil. Wer ihnen zuhört, merkt schnell: Sie halten den Betrieb nicht nur am Laufen, sondern erklären der Unternehmensleitung mitunter auch noch, wie er sich optimieren ließe. »Wir wären wahrscheinlich die bessere Geschäftsführung«, sagt Jeannette und lacht.

Sie machen die Arbeit, aber andere machen die Ansagen – genau das ist das Problem in Nauen. Die Beschäftigten hier konnten über die Zukunft ihres Werks, an dem auch ihre eigene Zukunft hängt, nicht mitentscheiden. Dabei hätte das Werk eine Chance gehabt: Sie und ihre Kollegen hatten Ideen für ein Refurbished-Konzept für gebrauchte, generalüberholte Waschmaschinen, Vorschläge zur besseren Auslastung, für preiswerte Produktlinien, besseres Marketing. An Ideen mangelte es nicht. Woran es fehlte, war der Wille der Geschäftsführung, darauf einzugehen. Woran es fehlte, war eine Politik, die vor Konzernen nicht mutlos einknickt.

Was in Nauen passiert, ist eine Tragödie, die sich nicht wiederholen darf. Die Menschen in den Werken, die wissen, wie es läuft, brauchen endlich die Mitsprache, die sie verdienen. Die Zeit dafür ist jetzt. ●

Text: Astrid Zimmermann / Fotos: Jennifer Marke

UNTEN Im Betriebsratsbüro laufen alle Fäden zusammen.



Preise**explosi** **stoppen!**

Mit jedem Tag, den die Regierung untätig zuschaut, schlittern wir tiefer in eine dramatische Preiskrise hinein. Die hohen Energiepreise treiben eine neue Teuerungsspirale an. Jetzt kommt es darauf an, die Kaufkraft der Menschen zu schützen anstatt die Profite der Krisengewinner – und zwar schnell!



Auf uns rollt die womöglich schwerste Energiekrise aller Zeiten zu: Der von den USA und Israel begonnene Krieg gegen den Iran hat eine wirtschaftliche Schockwelle ausgelöst. Was 2022 infolge des Ukraine-Kriegs geschah, droht sich jetzt in verschärfter Weise zu wiederholen: Zuerst explodieren die Preise für Öl und Gas, dann folgen über kurz oder lang die anderen Sektoren, bis hin zu Lebensmitteln und Dienstleistungen. Weil in jedem Produkt Energie steckt. Und weil die großen Energiekonzerne die Preise treiben. Sie konnten ihre Gewinne zwischen 2022 und 2023 verdreifachen. Denn sie wissen, wie man eine Krise für sich nutzt.

Für große Konzerne sind Preisschocks eine willkommene Gelegenheit, um abzukassieren. Allein im ersten Monat nach Ausbruch des Iran-Kriegs haben die 100 größten Öl- und Gaskonzerne zusätzliche Profite in Höhe von 23 Milliarden US-Dollar eingefahren. Das sind 30 Millionen US-Dollar pro Stunde, die nur daher rühren, dass sie ihre Preise stärker erhöhten, als ihre Kosten stiegen. Das heißt im Umkehrschluss: Wir alle zahlen für diese Krisengewinne ordentlich drauf.

Die Folgen sind schmerzhaft spürbar: Zwei Drittel der Deutschen schränken schon ihren Energieverbrauch ein. Die Preisexplosion frisst die Kaufkraft der Mehrheit auf. Umso wichtiger ist es, jetzt schnell und entschlossen zu handeln und einen Preis-Tsunami zu verhindern. Bevor aus der Energiepreiskrise eine Teuerungswelle wird, die die gesamte Wirtschaft erfasst.

Doch die Merz-Regierung ist der Aufgabe nicht gewachsen: Die steuerfreie 1 000-Euro-Prämie, die Arbeitgeber freiwillig zahlen sollten, war ein Rohrkrepiere. Der kurzlebige »Tankrabbat« von 17 Cent pro Liter floss teilweise direkt in die Kassen der Konzerne. Ihnen stand es frei, ob sie den Rabatt an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben oder nicht. Allein im ersten Monat nach der Einführung des Tankrabatts haben Ölkonzerne in Deutschland 702 Millionen Euro an zusätzlichen Profiten abgesahnt. Statt die Menschen zu entlasten, macht die Regierung den Profiteuren der Krise also noch Steuergeschenke. Und sie setzt die arbeitende Mehrheit, die ohnehin unter steigenden Preisen ächzt, mit immer neuen Kürzungsplänen unter Druck, von der Krankenversicherung bis zur Rente.

Spätestens jetzt wäre der Zeitpunkt, den Ausstieg aus fossilen Energien tatkräftig voranzubringen. Denn die Abhängigkeit von Öl und Gas treibt uns in eine Sackgasse. Sie macht uns abhängig von Staaten, die unsere Energie kontrollieren, und von fossilen Konzernen, die daraus Profit schlagen. Erneuerbare Energien würden uns davon unabhängig machen – Wind und Sonne gehören niemandem und können nicht blockiert werden. Mit einem schnellen Umstieg könnte Energie nicht nur klimafreundlicher, sondern auch langfristig günstiger werden. Doch Wirtschaftsministerin Reiche kungelt stattdessen lieber mit der Gaslobby.

Wie man die aktuelle Krise bekämpfen kann, ist klar: Die Konzern-Giganten, die am

Krieg verdienen, müssen mit einer Übergewinnsteuer zur Kasse gebeten werden. Die Preisspirale muss mit einem Preisdeckel für Sprit und Heizkosten gestoppt werden. Und wir brauchen zusätzlich Maßnahmen, die die Menschen schnell und unmittelbar entlasten, etwa ein günstiges Ticket für Bus und Bahn oder direkte finanzielle Hilfen. Lösungen sind da – doch der Regierung fehlt der politische Wille, sie umzusetzen.

Es geht längst um mehr als um eine Energiekrise. Wenn die Bundesregierung weiter untätig bleibt, erleben wir eine massive Ungleichheitskrise. Die Regierung lässt zu, dass die Mehrheit der Bevölkerung ihre Kaufkraft verliert, nur damit Energie-Riesen Übergewinne einfahren. Schon jetzt werden immer mehr Haushalten in Deutschland Strom und Gas abgestellt, weil sie die Rechnungen nicht bezahlen können. Diese Energiearmut wird weiter zunehmen – bloß weil die Regierung sich weigert, den Konzernen Grenzen zu setzen.

Der Zugang zu Energie ist eine Grundlage für ein würdiges Leben. Energieversorgung ist Daseinsvorsorge – keine Ware. Die Regierung hat nicht die Aufgabe, die Profite von Konzernen zu schützen. Sie hat die Aufgabe, eine Energieversorgung abzusichern, die bezahlbar und zuverlässig ist – und zwar für alle. Statt bei jeder Gelegenheit über die Faulheit der arbeitenden Menschen zu schimpfen, müssen Merz und Co. endlich anfangen, ihren Job zu machen: die Energiekrise stoppen und den Preiswahnsinn beenden. ●



Marcel ist Tischler in einem kleinen Betrieb. Er spürt die steigenden Kosten in allen Bereichen seines Lebens.

»Die Benzinpreise sind nur die Spitze des Eisbergs. Ich kann mir im Moment nicht mal die Reparatur meines Autos leisten. Seit zehn Jahren arbeite ich Vollzeit in meinem Beruf. Aber am Ende des Monats bleibt längst nichts mehr übrig. Ob es das Bahnticket ist oder der Supermarkteinkauf: **Alles wird teurer. Und obendrauf kommt noch die Miete. Mich macht das wütend, und ich frage mich ernsthaft, wovon ich im Alter leben soll.** Manchmal wünscht man sich, man fällt irgendwann einfach vom Gerüst und ist tot – weil man sich Alter und Krankheit einfach nicht leisten kann. Auch in der Werkstatt haben wir Pandemie und Inflation zu spüren bekommen: Rohstoffe und die Betriebskosten wurden immer teurer. Und die Aufträge brachen weg. Inzwischen tischlern wir fast nur noch für Leute mit viel Kohle. Und die behandeln dich dann auch entsprechend: von oben herab. Eigentlich liebe ich meinen Job. Aber wenn ich junge Leute treffe, die sich von der Ausbildungsvergütung kaum ihr Essen kaufen können, dann sage ich: Denk lieber nochmal drüber nach.«



Hannes betreibt seit 19 Jahren ein Wirtshaus mit Biergarten. Er fragt sich, wie lange er seinen Betrieb noch halten kann.

»So eine Krise wie 2022 und 2023 darf sich nicht wiederholen: Damals hat uns die Kostenexplosion die Luft abgedrückt. Die Folgen spüre ich bis heute. Seit Pandemie und Inflation habe ich 30 bis 40 Prozent meiner Kundschaft verloren. **Früher kamen mehr Familien, ältere Nachbarn, manchmal auch Bauarbeiter nach Feierabend vorbei. Die können sich den Restaurantbesuch jetzt nicht mehr leisten.** Viele der alten Kneipen und Gasthäuser hier in der Nachbarschaft haben schon zugemacht. Und auch ich denke mir: Noch so eine Krise, und ich muss den Laden schließen.«



Claudia lebt am Berliner Stadtrand und ist häufig auf das Auto angewiesen.

»Die Spritpreise sind auf dem Land ein Riesenproblem. Ohne Auto kommen viele Leute einfach nicht zur Arbeit. Je weiter du dich von Berlin entfernst, desto schlechter wird die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Mancherorts sind es 20 Kilometer bis zur nächsten Bushaltestelle. **Wenn du dir die Tankfüllung nicht mehr leisten kannst, wird der Radius schnell sehr klein, vor allem abends und am Wochenende.** Ich bin in der Kommunalpolitik aktiv und weiß, wie lückenhaft das Angebot hier im Landkreis ist. Im Winter passen oft gar nicht alle Kinder in den Schulbus. Wer nicht reinkommt, kann lange auf den nächsten Bus warten. Weil kein Geld da ist, wird der Takt weiter ausgedünnt, es könnten sogar Linien gestrichen werden. Dabei müssten wir doch gerade jetzt in Bus und Bahn investieren.«

So bremsen wir die Energiepreis-Spirale



Schnell und wirksam entlasten

Wir fordern ein Energiekrisengeld von 150 Euro und eine sofortige Senkung der Stromsteuer für alle Haushalte – für faire und günstige Strompreise.



Wer mit der Krise fette Gewinne macht, muss dafür zahlen

Eine Übergewinnsteuer setzt der Abzocke klare Grenzen und schöpft Extra-Profite ab. Um Übergewinne langfristig zu begrenzen, fordern wir außerdem einen dauerhaften Gewinnmargendeckel und Transparenz bei der Preisbildung.



Preise runter bei Bus und Bahn

Damit mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen können, brauchen sie einen günstigen und zuverlässigen öffentlichen Nahverkehr. Das 9-Euro-Ticket zurückzuholen ist ein erster Schritt. Langfristig wollen wir kostenlosen Nahverkehr für alle.



Klimageld jetzt

Kein Klimaschutz ohne sozialen Ausgleich. Wir fordern ein Klimageld von 320 Euro als Direktzahlung – jedes Jahr pro Person.

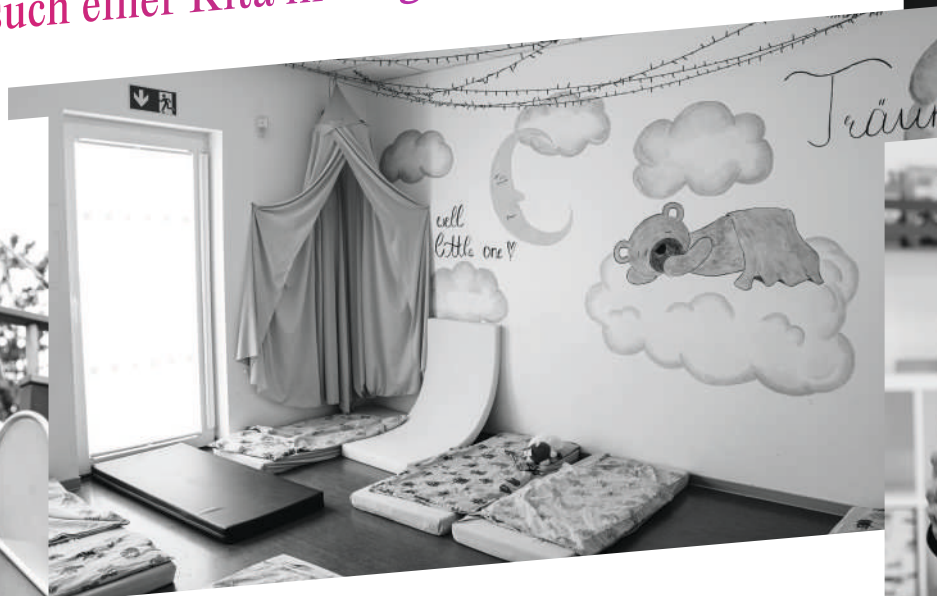


Stromversorgung in öffentlicher Hand

Da Stromversorgung unverzichtbar ist, darf sie nicht von Profitinteressen bestimmt sein. Um eine bezahlbare und verlässliche Stromversorgung zu garantieren, müssen Stromnetze und Reservekraftwerke in öffentliche Hand.

Kein Kind zurücklassen

Erzieherinnen und Erzieher geben täglich alles, damit Kinder in der Kita ein zweites Zuhause finden. **Doch weil der Staat bei den Kleinsten spart, stoßen sie immer wieder an Grenzen.** Was das bedeutet, zeigt der Besuch einer Kita in Magdeburg.



Die Kita »Otto's Baumwichtel« zeigt, was man aus einem unscheinbaren Zweckbau herausholen kann. Was von fern wie ein schmuckloser Kasten aussieht, wird beim Näherkommen zum Schmuckkästchen. In den Beeten sprießen Blumen, über den Hof spannen sich bunte Markisen, Kinder wuseln zwischen Spielgeräten umher. Ein großes rotes Piratenschiff thront über dem Spielplatz vor einer Reihe Plattenbauten.

David Biester, der Leiter der Einrichtung, begrüßt uns am Eingang mit einem freundlichen Lächeln. Er und seine Mitarbeiterin Natalia Raschig haben die Kita erst vor drei Jahren aufgebaut und in kurzer Zeit einen Ort geschaffen, den uns Kinder wie Eltern als ihr »zweites Zuhause« beschreiben.

Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Kraftakt. Denn das Kita-System ist seit Jahren in der Krise. Gerade im Osten ist der Personalschlüssel chronisch schlecht, und die Betreuungsqualität leidet. Viele Bundesländer, auch Sachsen-Anhalt, erhöhen

laufend die Gebühren. Jetzt, wo die Kinderzahlen spürbar sinken, könnte man hoffen, dass mehr Fachkräfte für die einzelnen Kinder da sind. Doch das Gegenteil ist der Fall: Gerade in Ostdeutschland werden bereits Einrichtungen geschlossen, und Personal wird entlassen.

Auch bei Otto's Baumwichteln sinken die Anmeldezahlen, doch der Rückgang hält sich im Rahmen. Im Stadtteil Magdeburg-Sudenburg leben viele Kinder mit Migrationsgeschichte. »Ohne sie«, erzählt David, »hätten wir längst schon Probleme, unser Angebot zu erhalten.« Die Kita tut einiges, um die Menschen in der Nachbarschaft zu erreichen. Das Team spricht mehrere Sprachen und bietet gezielte Förderung im Deutschen an. Zudem punktet die Kita mit besonders langen Öffnungszeiten. Viele Eltern, die in der Frühschicht arbeiten, geben ihre Kinder schon morgens um 5:30 Uhr hier ab.

David und Natalia führen uns durch die bunten, liebevoll dekorierten Flure. Die Kita bietet einige Überraschungen: einen Tobe- und Tanzraum, ein Forscherlabor, sogar einen Salzstrand. Kaum etwas davon gehört zum Standardprogramm. Für größere Projekte fehlt das Geld, so dass David immer wieder private Sponsoren suchen muss. Das Piratenschiff hat ein Spielzeughersteller aufgestellt und mit seinem Logo versehen. Ein lokales Unternehmen spendete den Salzstrand, weil der Besuch in der echten Salzgrotte für viele Familien zu teuer geworden ist. Schon kleine Unternehmungen und Anschaffungen werden zunehmend zum Problem, nicht nur die Eintrittspreise, sondern selbst die Straßen-

bahntickets. Weil der Staat all das nicht abdeckt, bleiben Eltern und Kita damit allein.

Denn in Magdeburg-Sudenburg müssen viele Familien jeden Cent umdrehen. Jedes vierte Kind in Sachsen-Anhalt ist armutsgefährdet. Das wird im Alltag mehr und mehr spürbar. Immer wieder müssen David und sein Team damit umgehen, dass Eltern die Rechnungen für das Mittagessen nicht begleichen. Der Lieferant bietet dann für die sogenannten Schuldnerkinder keine Portion an, so dass sie ihr Pausenbrot essen müssen. Das Team bemüht sich in solchen Fällen, Hilfe beim Amt zu beantragen – doch die Bearbeitung dauert oft so lange, dass die Familie in die Schuldenfalle rutscht.

Zwei der drei Kinder von Angelique besuchen die Kita. Sie hat vor kurzem den Förderverein mitgegründet, der bei besonderen Anschaffungen Geld zuschießt. Und das, obwohl Angelique selbst aufs Geld achten muss. Doch die Kita ist für sie »Gold wert«: »Meine Kinder lieben es hier. Manchmal krieg ich sie nachmittags gar nicht nach Hause. Und morgens beim Aufstehen höre ich als Erstes: ›Ich will in die Kita, David besuchen.‹« Die Betreuung hat für Angelique, die Vollzeit als Verkäuferin arbeitet, einen hohen Preis. 168 Euro für das Mittagessen beider Kinder, 150 Euro für die Kitagebühren des ersten Kindes. Das ist in Sachsen-Anhalt noch vergleichsweise wenig.

LINKS Das große Piratenschiff ist das Wahrzeichen der Kita. Ein Spielzeughersteller hat es gesponsert.

MITTE Viele Kinder verbringen täglich 8 bis 10 Stunden hier. Zum Glück bietet das Gebäude viel Rückzugsraum.

RECHTS Adrian Einecke muss bei der komplexen Finanzierung den Überblick behalten.



OBEIN Die Kita ist nicht einfach nur ein Aufenthaltsort. Sie ist für die Kinder ein großer Teil ihres Lebens.

RECHTS Angelique freut sich auf ihr viertes Kind. Doch ihr macht Sorgen, dass alles immer teurer wird.



»Die Politik sagt uns dauernd, wir sollen Kinder kriegen. Aber sie tut nichts, um uns zu unterstützen.«



OBEIN Die Kosten für das Mittagessen können einige Eltern nicht aus eigener Kraft bezahlen.

UNTEN Das Team der Kita spricht Deutsch, Polnisch, Englisch und Arabisch.

RECHTS Natalia betreut die »Kleinen Weiden« – die Krippe für Kinder unter drei Jahren.



In anderen Landkreisen liegen die Gebühren bei 350 Euro. »Manchmal hab ich das Gefühl, ich geh nur für die Kita arbeiten«, klagt Angelique. »Die Politik sagt uns dauernd, wir sollen Kinder kriegen. Aber sie tut nichts, um uns zu unterstützen.«

David und sein Team wollen mit ihrer Kita einen Ort schaffen, der alle Kinder mitnimmt, unabhängig vom Geldbeutel oder der Herkunft der Eltern. Die Erzieherinnen und Erzieher wissen: Gerade Kinder, die in Armut aufwachsen, profitieren enorm von einer guten Kita. Sie ist die erste Station, die Nachteile ausgleichen kann, und legt die Grundlage für den ganzen Bildungsweg. Doch den Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden braucht Zeit. Und die ist auch bei Ottos Baumwichteln knapp bemessen.

Warum das so ist, erklärt uns Adrian Einecke, Bereichsleiter beim Träger, der Evangelischen Jugendhilfe, im Besprechungszimmer bei Kaffee und Karamellbonbons. Die Kita hat 13 Fachkräfte, drei Azubis und eine Sozialarbeiterin für rund 120 Kinder. Das entspricht offiziell dem Personalschlüssel von 1:10, der in Sachsen-Anhalt vorgegeben ist. Ideal ist er nicht. Studien empfehlen, dass maximal acht Kinder über drei Jahren von einer Fachkraft betreut werden. Zudem existiert die Zahl nur auf dem Papier. In der Praxis ist das Verhältnis eher 1:12. Denn im Schlüssel ist weder eingepreist, dass sich Fachkräfte fortbilden, noch, dass sie Leitungsaufgaben haben oder krank werden. Dabei ist der Krankenstand in Kitas höher als in jedem anderen Job. Es ist ein Teufelskreis: Weil die Menschen an der Belastungsgrenze arbeiten, werden sie schneller krank – was dann den Druck auf die Kolleginnen und Kollegen erhöht.

Immer wieder, so Adrian, gibt es Programme des Landes und Bundes, die die Krise abpuffern

und vorübergehend neue Stellen schaffen. Doch es fehlt eine langfristige, solide Finanzierung, mit der man planen kann. Wenn David den Dienstplan erstellt, muss er ständig Lücken füllen, Unterstützung anfordern oder selbst einspringen. Auch Natalia spürt den Druck, wenn sie krank ist und schnell wieder funktionieren muss: »Ich frage mich schon, wie lange man das durchhält. Und ob ich den Beruf auch in 20 Jahren noch machen kann.« Adrian teilt die Sorge. Er hat schon vor Jahren einen Protest vor dem Landtag mitorganisiert, unter dem Motto »Das Personal ist der Schlüssel«. Ihm ist klar: Wenn die Beschäftigten am Limit arbeiten, fehlt die Zeit für das Wesentliche: die Zeit für Bildungsprojekte, etwa das Blumenpflanzen im Frühling. Die Zeit für ein klärendes Elterngespräch. Die Zeit, das Kind in der Eingewöhnung auf dem Arm zu beruhigen. Kurz: die Zeit, um »die Kinder zum Strahlen zu bringen«, wie David es nennt.

Eine gute Kita kann den Kindern die Welt aufschließen. Sie stellt die Weichen dafür, sich in unserer Gesellschaft wohlfühlen, darauf vertrauen zu können, gut aufgehoben zu sein. Wenn das nicht gelingt, dann leiden vor allem diejenigen, die ohnehin schlechte Startbedingungen haben. Schon mit wenigen Jahren oder sogar Monaten bekommen sie die sozialen Unterschiede zu spüren, die die Kita doch eigentlich abbauen soll. Ein reiches Land wie Deutschland spart ausgerechnet bei den Aller kleinsten und verspielt sehenden Auges die Zukunft. Wer Kinder stärken will, das wird an diesem Nachmittag klar, der muss Geld in die Hand nehmen und endlich gute Arbeitsbedingungen für die Menschen schaffen, die sich viele Stunden am Tag mit Herzblut und Expertise um sie kümmern. Den Teufelskreis aus Stress und Überlastung zu durchbrechen würde eine Positivspirale in Gang setzen, von der alle profitieren: Kinder, Eltern, Beschäftigte – und die Gesellschaft als Ganzes. ●

Text: Hannah Schurian | Fotos: Jennifer Marke

Unser Plan für gute Kitas



Gute Arbeit und gute Betreuung – überall

Wir fordern ein bundesweites Qualitätsgesetz mit einem verbindlichen Personalschlüssel, der dem Bedarf der Kinder gerecht wird. Auch die Zeit für Fortbildungen, Elterngespräche und Leitungsaufgaben muss eingepreist sein.



Weg mit den Gebühren

Das Recht auf frühe Bildung und Förderung darf nicht vom Wohnort oder Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir wollen alle Kitagebühren abschaffen und das Mittagessen in Kitas und Schulen kostenfrei machen.



Zukunft gibt es nicht umsonst

Sinkende Geburtenzahlen dürfen nicht zu Kürzungen führen. Um Kitas bedarfsgerecht auszustatten, muss der Bund mehr leisten: die Gebührenfreiheit finanzieren, in die Betreuungsqualität investieren und jährlich 1 Milliarde Euro in Sanierung und Neubau stecken.



Wie sie über die

Die Regierung fordert, dass wir alle länger arbeiten und privat für das Alter vorsorgen, und zwar **direkt an der Börse**. Das ist nicht nur realitätsfremd – es ist auch unnötig!

»Wir müssen alle privat vorsorgen, die gesetzliche Rente reicht einfach nicht mehr.«

Die gesetzliche Rente ist nur deswegen zu niedrig, weil sie aktiv geschwächt wurde, damit wir keine andere Möglichkeit sehen, als privat vorzusorgen. In den 2000er Jahren senkte die rot-grüne Regierung das Rentenniveau von 53 auf 48 Prozent ab. Sie drängte die Menschen zu privaten Vorsorgeprodukten wie der Riester-Rente, die krachend gescheitert ist. Was uns als »Eigenverantwortung« verkauft wird, hat ein klares Ziel: Die Arbeitgeber werden von der lästigen Verantwortung befreit, sich an der Rente der Menschen zu beteiligen, die ein Leben lang ihre Gewinne erarbeitet haben. Arbeitgeber lieben Rentenkürzungen: Niedrigere Rentenbeiträge bedeuten für sie niedrige Lohnnebenkosten. Das Problem ist: Was wir als Beschäftigte an dieser Stelle verlieren, können wir privat niemals auffangen, zumindest die meisten von uns nicht. Wie soll man vorsorgen, wenn Energie, Lebensmittel und Miete das Einkommen komplett auffressen? Die Richtung ist klar: Wer es sich nicht leisten kann, privat vorzusorgen, muss sich auf Altersarmut einstellen.

»Natürlich müssen wir länger arbeiten, wir leben ja auch länger.«

Klingt erst einmal schlüssig. Aber: Das Renteneintrittsalter steigt schon jetzt schneller an als die Lebenserwartung. Trotzdem würde die Union die Menschen am liebsten erst mit 70 in Rente schicken. Konkret bedeutet das für viele: weniger Rente. Denn wer körperlich schwer arbeitet, etwa auf dem Bau oder in der Pflege, der weiß, dass die Forderung vollkommen realitätsfremd ist. Ohnehin ist die Lebenserwartung nicht für alle gleich. Studien zeigen: Arme Menschen haben deutlich weniger Rentenjahre als Reiche. Der Angriff auf die Rente verstärkt die Schieflage. Das zeigt: Die Rede von der alternden Gesellschaft ist nur ein Vorwand, um Kürzungen auszudrücken. Und die treffen besonders diejenigen, die ohnehin am härtesten arbeiten und am wenigsten von ihrer Rentenzeit haben.

»Die Kosten für die Rente explodieren.«

In jeder Talkshow hören wir: Die gesetzliche Rente wird immer teurer und ist nicht mehr finanzierbar. Die Wahrheit ist: Der Anteil vom Lohn, den Arbeitnehmer und Arbeitgeber in die Rentenkasse einzahlen, ist seit Jahren konstant. Auch der Anteil der Steuermittel, die in die Rente fließen, ist im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung nicht gestiegen. Dass die Kosten explodieren, ist ein Mythos. Im Vergleich zu anderen reichen Ländern wie Finnland oder Österreich gibt Deutschland sogar wenig für die Alterssicherung aus. Das bedeutet: Die Regierung muss nicht kürzen – sie will es.

»Die Jungen müssen immer mehr für die Alten zahlen: Darum müssen die Renten runter.«

Die Schwächung der gesetzlichen Rente entlastet junge Menschen nicht, im Gegenteil: Sie zwingt sie, länger zu arbeiten, privat vorzusorgen und im Alter trotzdem keinerlei Garantie auf eine sichere Rente zu haben. Damit signalisiert man ihnen: Wer es nicht schafft, reich zu werden, der wird am Ende arm sein. Das erzeugt Angst und Druck. Wer wirklich profitiert, sind Versicherungs- und Finanzkonzerne. Denen macht die Regierung ein profitables Geschenk, wenn sie alle zur privaten Rentenvorsorge zwingt. Das ist keine Generationengerechtigkeit, sondern Sozialabbau.

»Am Aktienmarkt kann jeder viel besser für die eigene Zukunft vorsorgen.«

Unsere Altersvorsorge sollen wir in Zukunft mit ETFs, Aktienfonds oder einem neuen staatlich geförderten Finanzprodukt absichern. Das Versprechen: Wer klug investiert, kann nur gewinnen. Was dabei verschwiegen wird: In unserer von Krisen und Kriegen geprägten Welt weiß niemand, wie sich die Kurse entwickeln. Was, wenn die Börse gerade dann abstürzt, wenn man in Rente geht? Zudem ist klar: An der Börse wächst unsere Rente nur dann, wenn Aktiengesellschaften ihre Profite maximieren, indem sie etwa den Druck auf ihre Beschäftigten oder die Preise für uns alle erhöhen. Unsere Zukunft hängt plötzlich an ihrer Rendite. Und dafür wird sogar staatliches Geld eingesetzt. Bei der gesetzlichen Rente ist es andersherum: Sie ist dann stark, wenn die Löhne stark sind.

Rente lügen

Steigendes Rentenalter:

Wer in ärmeren Regionen lebt, verliert.

Ein 65-jähriger Mann lebt im Durchschnitt noch

Sachsen-Anhalt

16 Jahre
+ 7 Monate

Baden-Württemberg

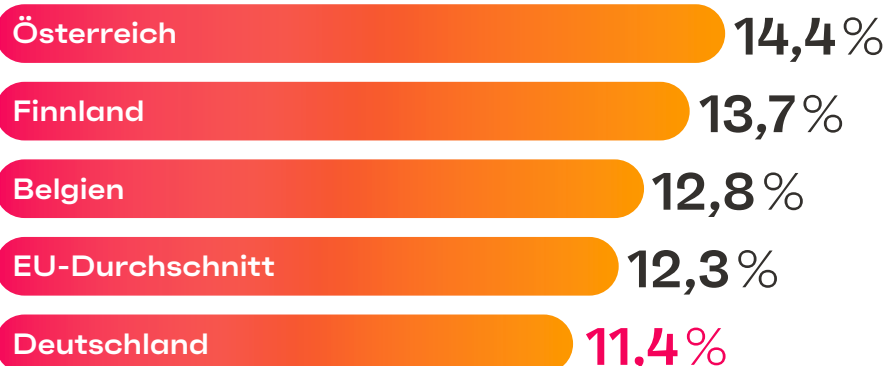
18 Jahre
+ 7 Monate

2 Jahre Unterschied.
Und der Abstand wächst.

(Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion, 2026)

Kein Spitzenreiter:

Deutsche Rentenausgaben unter EU-Durchschnitt



(Quelle: Eurostat 2023, Rentenausgaben anteilig zum BIP)

Die gesetzliche Rente ist nicht das Problem, sondern die Lösung



Eine Rente für alle

Gerecht ist die Rente, wenn wirklich alle einzahlen – auch Politikerinnen und Politiker, Beamtinnen und Beamte und Selbstständige. Wir wollen, dass die gesetzliche Rente zu einer solidarischen Versicherung wird, die alle einbezieht, die erwerbstätig sind. Ein Plan, den die überwältigende Mehrheit in Deutschland klar unterstützt.



Renten sofort erhöhen

Wir wollen die Renten einmalig und außerordentlich um 10 Prozent erhöhen, um wieder ein Rentenniveau von 53 Prozent zu erreichen. Das ist möglich, wenn wir die Kosten zur Alterssicherung wieder fair zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten verteilen. Dafür wollen wir den Anteil der Arbeitgeber von 50 auf 60 Prozent erhöhen.



Solidarische Mindestrente

Es kann nicht sein, dass Menschen in der Armutsfalle landen, weil sie ihr Leben lang Sorgearbeit geleistet haben, weil sie erkrankt sind oder niedrige Löhne bezogen haben. Niemand darf im Alter arm sein: Deswegen fordern wir eine Mindestrente von 1400 Euro netto.

Aufbauen statt aufgeben

In vielen kleinen Orten im Osten wird das Leben stiller: Betriebe schließen, Gaststätten verschwinden, junge Menschen ziehen weg. Wiesenburg will diese Entwicklung umkehren – mit mehr Arbeitsplätzen, mehr Kaufkraft, mehr Lebensqualität und mehr Menschen, die sich hier zu Hause fühlen. Aber wie schafft man das? Ein Ortsbesuch.



Wer in die brandenburgische Gemeinde Wiesenburg kommt, den springt es geradezu an: Die Bürgersteige sind frisch gepflastert, im postkarten-tauglichen Schlosspark, der an die namensgebende Burg angrenzt, steht kein Grashalm schief, neben dem Rathaus arbeiten Handwerker auf Gerüsten, Fassaden werden saniert, irgendwo lärmt eine Baustelle. Hier ist etwas in Bewegung.

Dabei kämpft Wiesenburg mit den gleichen Problemen wie viele Orte auf dem Land: hohe Verschuldung, Überalterung, Bevölkerungsrückgang. Einer, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, diese Entwicklung umzudrehen, ist Marco Beckendorf. Seit über zehn Jahren leistet er in Wiesenburg als Bürgermeister Pionierarbeit und bringt mit Erfindergeist und zupackendem Optimismus sein Dorf voran.

Was sich in Wiesenburg beobachten lässt, ist typisch für viele Orte in Ostdeutschland: Nach der Wende kamen erst die Investoren aus dem Westen, die sich die volkseigenen Betriebe unter den Nagel rissen, dann die Schließungen, dann die Arbeitslosigkeit. Die Sanierung durch Privatisierung hinterließ keine »blühenden Landschaften«, sondern bedrückende Industrieruinen. Und mit den Werksschließungen verschwanden nicht nur

Arbeitsplätze: Die Betriebe waren auch Orte des kollegialen Miteinanders, der Anerkennung, der Gemeinschaft – für viele ein Teil der eigenen Identität. Jeden Tag an den Industriebrachen vorbeifahren zu müssen, das sei für viele Menschen in Wiesenburg eine permanente Herabwürdigung der eigenen Lebensleistung. »Das sind offene Wunden der Wende«, sagt Marco. Sie zu schließen sei Aufgabe der Politik.

Eine Herzensangelegenheit der Gemeinde ist es deswegen, den Brachflächen und leerstehenden Gebäuden neues Leben einzuhauchen. Während wir durch Wiesenburg laufen, zeigt uns Marco immer wieder Orte, die sich inzwischen im Besitz der Gemeinde befinden. Als die Zinsen niedrig waren, nutzte man hier die Gunst der Stunde und kaufte Grundstücke und Gebäude auf – um selbst entscheiden zu können, was daraus wird und wem sie zugutekommen.

So werden inzwischen drei der vier Cafés in dem 4 200-Seelen-Ort von der Gemeinde verpachtet. Wenn es mal schwierig wird, wie etwa in der Corona-Pandemie, zieht man den Café-Betreibern nicht sofort den Stecker.

Noch ambitionierter ist der Plan, die ehemalige Drahtzieherei neu zu beleben. Jahrzehntlang wurde in Wiesenburg Schweißdraht produziert, bis ein US-Konzern den



OBEEN LINKS Nur einen Katzensprung vom Bahnhof entfernt: Auf dem Gelände des Sägewerks entsteht eine Wohnsiedlung mit Gemeinschaftsorten und Veranstaltungsräumen.

OBEEN RECHTS Der großzügige Schlosspark lädt zum Schlendern und Verweilen ein.

UNTEEN Auf dem Rathausplatz – dem Herzen von Wiesenburg – entstehen die Gespräche ganz nebenbei.

Betrieb aufkaufte und kurz danach abwickelte. Das war 2018. Heute hängt an dem Gebäude ein riesiges Banner: »Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf sie vorbereitet zu sein.« Unweit davon rollen die Bagger. Denn die Gemeinde hat auch diese Immobilie gekauft. Künftig sollen hier verschiedene Gewerberäume

und Platz für Firmengründungen entstehen.

Mit solchen Projekten – und von denen gibt es hier gleich mehrere – will man in Wiesenburg die Abwärtsspirale durchbrechen und Menschen wieder Hoffnung geben. Dass der Staat vielerorts nur noch als Verwalter des Mangels auftritt, hält Marco für fatal. Denn es schwächt das ohnehin schon schwindende Vertrauen vieler Menschen in die Politik.

Warum gelingt in Wiesenburg, wofür andernorts kein Geld da ist? »Wir haben verlernt, Schulden zu machen«, sagt Marco immer wieder. Was er damit meint: Für den Staat sind die Ausgaben von heute die Steuereinnahmen von morgen. Denn wenn man im Sinne der Bevölkerung klug investiert – ihren Alltag verbessert, leistbaren Wohnraum schafft, Arbeitsplätze sichert,

UNTEN Das hübsche Café gleich neben dem Schlosspark wird von der Gemeinde Wiesenburg selbst vermietet.



Links/ 11

LINKS Zu DDR-Zeiten wurde hier Schweißdraht produziert, heute entsteht auf dem Gelände ein moderner Gewerbepark.

UNTEN Wo Buslinien ausgedünnt wurden, setzt die Mitfahrbank auf die Hilfsbereitschaft vorbeifahrender Menschen.



»Am Ende haben die Menschen hier die Hoffnung gewählt.«



Orte lebenswert macht –, dann ziehen Menschen nicht weg. Dann kommen sogar noch neue hinzu, die in Gemeinden wie Wiesenburg leben und arbeiten und ihre Steuern zahlen. Das bringt den örtlichen Cafés, Gaststätten und Geschäften neue Kundschaft und trägt wirtschaftlich neuen Schwung in die Fläche. Gerade deshalb sind öffentliche Investitionen kein verlorenes Geld. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass Orte wie Wiesenburg eine Zukunft haben.

Dafür sind allerdings auch mehr Handlungsspielräume für die Kommunen erforderlich. Niemand weiß besser, was wirklich gebraucht wird, als die Menschen vor Ort. Die Abhängigkeit vom Bund und seinen Fördertöpfen sei »Gift« für Gemeinden wie Wiesenburg, erklärt Marco: Die Bürokratiekosten seien immens, der Verwaltungsaufwand sei hoch, die Entscheidungsfreiheit gering. Was Kommunen brauchen, seien mehr Steuermittel, über die sie selbst verfügen können, etwa über eine angemessene Besteuerung großer Vermögen. Die Finanzierungslücken der Kommunen, über die immer wieder geklagt wird, wären mit einer Vermögensteuer geschlossen.

Aber es geht nicht nur darum, Lücken zu schließen, sondern auch darum, kräftig zu investieren – in Straßen und Brücken, in Kitas und Schulen. All das sind Investitionen, die wiederum Arbeitsplätze vor Ort schaffen. Marco hat auch dafür einen Plan: Städte und Gemeinden sollen zinsfrei Kredite in Höhe ihrer Jahreseinnahmen aufnehmen dürfen, wenn sie vor Ort investieren. Aufgabe des Staates sei es schließlich nicht, Überschüsse zu erzielen, sondern die Mittel so zu

OBEN In seinem Büro erklärt Marco, was ihn antreibt: Wiesenburg für die Menschen vor Ort Stück für Stück lebenswerter zu machen.

RECHTS Ruinen und Neubau: Dass Menschen genau hier neue Häuser bauen, zeugt von der Zuversicht, mit der sie in die Zukunft blicken.

verteilen, dass das Land für die Menschen funktioniert. Niemand hat etwas davon, wenn der Kredit für den Bau einer Schule in Blitzgeschwindigkeit zurückgezahlt wird, aber kein Geld mehr da ist, um die Toiletten instand zu halten.

Worum es am Ende geht, ist Zuversicht. Es geht um das Vertrauen, dass hier keine Luftschlösser gebaut werden, sondern ein solides Fundament für die nächsten Jahrzehnte gelegt wird. Und dieses Vertrauen entsteht, wenn Menschen erleben, dass sich wirklich etwas verändert – wenn die Bagger anrollen, wenn der Wandel beginnt.

Vielleicht ist das auch der Grund, warum in Wiesenburg so eine gemeinschaftliche Stimmung herrscht. Man kennt sich, man grüßt sich, auf den Straßen kommt man schnell ins Gespräch. Wo Menschen spüren, dass es vorangeht, wächst offenbar nicht nur das Vertrauen in die Politik, sondern auch der Zusammenhalt untereinander.

Andernorts haben Frust und Perspektivlosigkeit die AfD stark gemacht. Wiesenburg hingegen wird seit 2001 links regiert. Warum der Rechtsruck hier nicht verfängt? Marco glaubt, es liegt daran, dass die Menschen hier sehen, dass das Versprechen in eine bessere Zukunft konkret wird. »Am Ende«, sagt er, »haben die Menschen hier die Hoffnung gewählt.« ●

Text: Astrid Zimmermann / Fotos: Olaf Krostitz

Unser Plan für starke Kommunen

✓ **Grundversorgung in die öffentliche Hand**
Jahrzehnte der Privatisierung haben viele Angebote vor Ort teurer und schlechter gemacht. Mit einem (Re-)Kommunalisierungsfonds wollen wir Kommunen dabei unterstützen, Wohnungen, Krankenhäuser, Nahverkehr, Strom- und Wassernetze zurückzukaufen. So sichern wir bezahlbare Preise und eine verlässliche Versorgung.

✓ **Superreiche besteuern**
Die Vermögensteuer trifft nur die Superreichen, kommt aber allen zugute. Denn die Einnahmen fließen direkt zu Ländern und Kommunen. Schon ein Jahr Superreiche besteuern bringt auf einen Schlag 147 Milliarden Euro ein.

✓ **Hilfe bei den Altschulden**
Viele Kommunen und kommunale Unternehmen sitzen auf riesigen Schuldenbergen – vor allem im Osten. Damit Kommunen wieder handlungsfähig werden, muss sich der Bund substantiell an der Entschuldung beteiligen.

Die Linke
Im Bundestag

Nicht mit uns!



Es ist immer wieder dasselbe Spiel: Konzerne schlagen aus der Krise Profit – und die Rechnung zahlt die Bevölkerung: Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen. Menschen, die Kinder erziehen und Angehörige pflegen. Menschen, die schon in Rente sind oder noch in der Ausbildung. Für immer mehr von uns wird das Leben unbezahlbar, während einige wenige immer reicher werden.

ANstatt dafür zu sorgen, dass unser Land wieder für die Mehrheit der Menschen funktioniert, schützt die Bundesregierung die Profiteure der Krise. Sie weigert sich, die Abzocke zu beenden und Krisengewinner gerecht zu besteuern – und sagt uns, wir müssten den Gürtel enger schnallen. Die Bundesregierung entlastet nicht die Bevölkerung. Sie entlastet große Konzerne.

Und sie beraubt uns gleichzeitig unserer hart erkämpften sozialen Sicherheiten: Sie kürzt die Renten klein. Sie spart an der Bildung für Kinder und Jugendliche. Sie macht die Gesundheitsversorgung teurer und schlechter. Sie lässt ganze Regionen, in denen Arbeitsplätze wegbrechen und Menschen um ihre Existenz bangen, im Regen stehen. Wir sagen: Es reicht!

Das Geld für eine lebenswerte Zukunft ist da – und zwar bei denen, die sich seit Jahren auf Kosten der Mehrheit bereichern.

Das Geld liegt bei denen, die die Preise treiben, die Mieten erhöhen und die Löhne drücken. Deswegen kämpfen wir für eine Vermögensteuer, um uns von den Superreichen zurückzuholen, was uns zusteht. Für gute Löhne und sichere Arbeitsplätze. Für eine Rente, von der man auskömmlich leben kann. Für eine Krankenversicherung, die bezahlbar ist und uns gut versorgt. Für soziale Sicherheiten, die ihren Namen verdienen.

Wir werden nicht zulassen, dass die Regierung unsere Zukunft dem Profit der Konzerne opfert. Wir stellen uns jedem Gesetz entgegen, das das Leben der Mehrheit in diesem Land schlechter macht. Und wir kämpfen an der Seite der Menschen, die sich gegen Sozialabbau zur Wehr setzen – im Bundestag, in den Betrieben und auf der Straße. Für ein Land, in dem es wieder Grund zur Hoffnung gibt. ●

Die Fraktionsvorsitzenden Heidi Reichinnek (Bild Mitte links) und Sören Pellmann (Bild unten rechts) sowie die Abgeordneten Ines Schwerdtner (Bild oben links), Ina Latendorf (Bild oben rechts), Cem Ince (Bild unten links) und Gregor Gysi (Bild Mitte unten) kämpfen gemeinsam mit der gesamten Linksfraktion gegen Sozialabbau und für ein bezahlbares Leben.



Sudoku

Pause machen mit Zahlenrätsel

	9	6	5	1	2		8	
1			8		7		6	3
		7	3	9			1	5
7		4	9	8	3		2	
8		9			1	4		
	1	5	7		4		9	8
9		8		3		6	4	7
6	7	3	4	2	8	1		
5	4	1		7	9			